

# Die Geschäftsordnung des Reichstages.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags trat gestern Abend zusammen, um dem ihr am 15. Dezember v. J. vom Plenum erteilten Auftrage gemäß über etwa erforderliche Abänderungen der Geschäftsordnung zu berathen.

Präsident von Ledebow übernahm den Vorsitz und warf zunächst die Frage auf, ob er berechtigt sei, an der Abstimmung der Kommission theilzunehmen. Die Frage wurde von der Kommission in bejahendem Sinne entschieden. Herr von Ledebow legte nunmehr dar, daß eine Veränderung im Tone der Debatten eintreten sei; häufiger als früher würden außerhalb des Parlaments stehende Personen belehrt, ebenso politische Parteien und staatliche Einrichtungen in beleidigender Art angegriffen, ja man scheue sich gar nicht mehr, die Person des Monarchen in die Diskussion zu ziehen; das geschehe theils mit ausdrücklicher Bezeichnung, öfter in indirekter Weise. Er höre jetzt nicht selten ungünstige und abschreckende Aeußerungen über diese Vorgänge im Reichstage. Der Vorschlag in der ersten Sitzung im neuen Hause, der noch erwirkt worden sei durch den Versuch, ihn zu verteidigen, habe ihn sofort veranlaßt, mit seinen Kollegen im Präsidium sich zu berathen, wie Abhilfe zu schaffen sei. Der bekannte Antrag des Staatskanzlers, den er (der Präsident) zu vertheilen bemüht gewesen sei, stehe in feiner Beziehung zu der gegenwärtigen Verhandlung und zu der Anregung auf Abänderung der Geschäftsordnung. Der Ordnungsruf genüge schon darum nicht, weil auch manche Verstöße gegen die Ordnung vorkommen, die nicht vom Heber ausgehen. Präsident von Ledebow wünscht dreierlei: 1. ein wirksames Disziplinar-mittel, welches das Haus zu beschließen habe; 2. eine Herabsetzung der Beschlussfähigkeitssiffer; 3. die Ausnahme einer Rüge in die Geschäftsordnung gegen diejenigen Abgeordneten, welche ohne Entschuldigung fehlen. Der Präsident spricht schließlich seine Meinung dahin aus, nur bei erster Selbstzucht könne die Freiheit der ersten Körperschaft des Reiches gedeihen.

Abg. Singer (Soz.): Er wolle der vereyten Persönlichkeit des Präsidenten nicht zu nahe treten, aber er vermöge ein Bedürfnis gegen den jetzigen Ton, der im Reichstage herrsche, schärfere Waageleg zu ergreifen, nicht anzuerkennen. Es gehe bei uns im Parlament weit ruhiger zu als in anderen Ländern, als in Frankreich, Italien und England. Allerdings sei bei uns der Ton auch ein anderer geworden. Die Pfrustrie in der ersten Reichstagsungung hätten „Repressalien“ provoziert. Wir brauchen vielmehr Schutz gegen Beleidigungen vom Bundesrathsrath aus, z. B. auch solche von Seiten des Kriegsministers. Es schalle aus dem Wald heraus, wie es hinein schalle. Das Gefühl für die Würde des Reichstags sei keineswegs allein auf der rechten Seite des Hauses vertreten. Der Redner bitte die allseitig anerkannte humane und unparteiische Geschäftsleitung des Präsidenten v. Kappeler hervor, aber ein Disziplinar-mittel, wie zeitweilige Ausweisung des Abgeordneten, lehne er ab. Das wäre eine Usurpation des Reichstags, die gegen die Verfassung verstoße. Der Minorität sei es nicht zu verdenken, wenn sie von dem Rechte der Geschäftsordnung, die Geschäftsfähigkeit anzuweisen, Gebrauch mache. Der amtliche protokolläre Namensaufruf enthalte schon eine genügende Rüge für den unentschiedlich Fehlenden, und die häufige Beschlußunfähigkeit des Hauses sei eine Folge der mangelnden Däten. Die Hauptsache sei, daß der Reichstag den richtigen Präsidenten habe. In den Klaffengegenständen und dem Streite der Parteien liege es, daß die Geister auf einander plagen. Das beste Mittel dagegen sei ein Entgegenkommen der Majorität gegen die Minorität und das Ablegen der jetzigen Nervosität. Wer so wie der jetzige Träger der Kaiserkrone sich in den Streit der Parteien einmische, könne sich nicht wundern, wenn die Parteien sich auch mit ihm beschäftigen. Die Geschäftsordnungskommission werde am besten thun, keine neuen Disziplinar-mittel zu erfinden.

Abg. Dr. Bachem (Zentrum): Er und seine politischen Freunde seien bereit, nach Mitteln zu suchen, den Ton zu verbessern, dies könne aber nicht antihyphen als die erste Sitzung im neuen Hause. Das Eigenbleiben beim Kaiserthum sei eine Meinungsäußerung, die durch die Immunität geschützt sei. Das Zentrum verurtheile diese Gesinnung, das andere aber nichts daran, daß diese wie jede Meinungsäußerung geschützt bleiben müsse. Ein strengeres Disziplinarmittel als die bisherige sei dem Zentrum wohl genehm, um einer Verrohung des Tones und des Verhaltens einzelner Abgeordneter entgegenzutreten, aber eine Anschließung der Abgeordneten, eine Vermittlung des Rechtes der Abstimmung sei nach der Verfassung nicht angängig. Eine Herabsetzung der Beisatzfähigkeitsschiffer würde sich vielleicht empfehlen. Ueber die Verstärkung der Rüge könne er sich noch nicht äußern, da seine Fraktion sich hierüber noch nicht schlüssig gemacht habe.

Tris.

Bei einem Familienfeste wurde ich unlängst befragt, was ich mir wohl unter der jetzt so häufig empfohlenen Iris Creme (Teint-Dattal) vorstelle; die fragende Dame erzählte, daß ihr dieses Präparat vom Geheimrath F. als vorzüglich für den Teint und die Körperhaut empfohlen sei, sie hätte aber nach der Vereitung des lateinischen oder griechischen Wortes „Iris“ nicht fragen mögen, um nicht zu ungebühr zu er scheinen.

Bevor ich selbst antworten konnte, beeilten sich bereits acht Damen, möglichst gleichzeitig der Fragestellerin Auskunft zu erteilen.

Die erste verwinkelte Iris mit der ägyptischen Göttin Isis, wurde aber sofort belehrt, daß auch eine Göttin war und zwar die Göttin der Erde und daß ihr Weg vom Dlymp zur Erde jedesmal durch den Regenbogen bezeichnet wurde, als dessen Göttin man sie demzufolge verehrte. Dargestellt wird sie als eine schöne geflügelte Jungfrau und es sollte also die Bezeichnung „Iris Creme“ wahrscheinlich andeuten, daß dieses Präparat den Menschen ein götterähnliches Aussehen verleihe, wie man in ähnlicher Weise „Ambrosia“, „Nektar“ zur Bezeichnung besonders göttlicher Speisen und Getränke anwendet.

Noch bekannter war den Damen, daß der

Abg. Gump (Rp.): Wesentlich die Fremde  
des Abg. Singer seien schuld an der Verschlechte-  
rung des Tages, von deren Seite würden oft  
schadlichen Ausführungen persönliche Motive unter-  
geordnet. Ein Anstoß der Abgeordneten käme  
in Folge der Gesetzgebung erfolgen; die Immu-  
nität schütze nicht vor Disziplinarmaßnahmen,  
deren Verschärfung er und seine politischen Freunde  
zusammen würden in der vom Präsidenten ange-  
regten Weise. Auch sei er für Erhebung der  
Beschlussfähigkeitsziffer. Bei wichtigen Abstim-  
mungen sei das Haus ja noch immer beschluß-  
fähig. 89 Abgeordnete gehören zugleich dem Ab-  
geordnetenhaus an, eine Reihe anderer dem  
Herrenhaus. Kollisionen lassen sich nicht ver-  
meiden. Die in Berlin wohnenden Mitglieder des  
Reichstages hätten es zum Theil noch schwerer an  
allen Sitzungen Theil zu nehmen als die an-  
wärtigen, weil sie ihrem Beruf hier nachzuo-  
kommen haben. Es müßte ermöglicht werden, bei  
weniger wichtigen Angelegenheiten zu fehlen.

Präsident v. Levetzow: Der Drönungs-  
ruf ist sein einziger Trumpf, den er so lange  
wie möglich aufpazt, und statt dessen er sich zu-  
nächst anderer Mittel bediene, wie Unterbrechungen,  
Ermahnungen u. s. w. Ein zu häufiger Drönungs-  
ruf müge sich ab. Er habe bei der ersten  
Sitzung im neuen Hause seine Absicht vorher aus-  
gesprochen, ein Hoch auf den Kaiser auszubringen.  
Er habe nachher seinen bestimmten Abgeordneten  
naumatz machen können, um ihm dann einen  
Drönungsruf zu erteilen. So habe er zu einer  
Klage greifen müssen. In den amerikanischen,  
englischen und französischen Parlamenten gebe es  
viel strengere Disziplinarmassregeln als bei uns,  
und die verfassungsmäßigen Behebten des Abg.  
Dachem vermöge er nicht zu theilen. Dem Abg.  
Singer gegenüber müßte er betonen, daß ein  
Kritik des Kaisers ausgeschlossen sei. Bei uns  
regiere der Kaiser selbst, man dürfe die Aller-  
höchste Person erwähnen, aber nicht kritisiren.  
Der Präsident will ein Korrektiv dagegen, daß  
man nicht von außerhalb gegen die Immunität  
der Abgeordneten vorgehe. Jeder Abgeordnete sei  
verpflichtet, Urlaub zu nehmen, wenn er fehlen  
wolle, nur an ein Verlesen der unent-  
schuldigst Fehlenden habe er bei seinem Vorschlag  
einer Klage gedacht. Wenn der Präsident das  
Recht habe, Urlaub zu erteilen, könne er ihn  
auch verweigern, und wer demnach fehle, verdiene  
in der That eine Klage. Die Strafen der Ge-  
schäftsordnung bildeten das Korrektiv der Immu-  
nität. Die Mitglieder des Bundesraths besäßen  
die Immunität nicht, gegen sie habe darum auch  
der Präsident seine Macht.

Abg. Gunt her (ul.): Das Verhalten des Reichstags werde im Lande scharf kritisiert, und man meine dort, der Ordnungsruf genüge nicht. Das verlässlichste Disziplinarmittel sei in die Hand des Präsidenten zu legen, nicht einer Kommission anzuvertrauen.

Abg. Trä ger (fr. Volksp.) bedauert, daß die Antragsteller keine bestimmten Vorschläge gemacht haben. Auch im öffentlichen Leben habe sich der Ton ebenso verschlechtert wie im Reichstage. Trotz der härteren Disziplinarmittel in der ranghöheren Kammer kommen dort weit schlimmere Scenen vor. Der Präsident könne dort die Huissiers thätlich gegen die Abgeordneten vorgehen lassen. Das Mittel der Ausweisung, wenn auch nur der zeitweiligen, scheine ihm ohne Verfassungsänderung unmöglich. Das bedeute eine Aberkennung des Mandats. Ein Verlust des Mandats ist der Verfassung nicht bekannt, es sei denn, daß die bürgerlichen Ehrenrechte gerichtlich aberkannt werden. Die Ausweisung treffe die Wähler eines Abgeordneten, ja die ganze Nation. Der Ausschluß eines Abgeordneten während einer ganzen Session würde die Wähler eines Abgeordneten ohne Vertretung lassen. Einer solchen Verfassungsänderung konnten er und seine Freunde nicht zustimmen, wohl aber dem Vorschläge des Abg. Vachem bezüglich der Herabsetzung der Beschlußfähigkeitseiffer.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Graf Limburg-Stürm, Dr. v. Marquardsen, Röben und Dr. Pieschel verlagte die Kommission die weitere Verathung um 11 $\frac{1}{4}$  Uhr Nachts bis zum 21. Januar.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. In die Kommission zur Beratung der Umfassungsvorlage entsandten die Freisinnigen aller Richtungen die Abgeordneten Barts, Kutzmann, Wandel; die Sozialdemokraten Auer, Bebel, Frohme; die Polen Dr. v. Wolgast; die Nationalliberalen Dr. Böttcher, Böttz, Dr. Emmericus, Dr. Jann, die Konservativen v. Hammerstein, v. Koon, v. Polisch, v. Wachta, Hüpeden, die Reichspartei Köhlmann, Stumm, die Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg, das Zentrum Verno, Greiß, Rieber, Kintelen, Spahn, Baden, Marcoux, Heindl. Die Kommission hat sich gestern unmittelbar nach der Plenarsitzung konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Böttcher, nationalliberal, zu seinem Stellvertreter den Abg. Freiherrn v. Stumm erwählt.

breite farbige Ring in dem Augapfel „Iris“ genannt wird (Regenbogenhaut) und eine Dame wußte sogar, daß einer der kleinen Planeten „Iris“ heiße.

Nicht wenig aber erstaunte man, als ich erklärte, daß es sich im vorliegenden Falle nur um die allbekannte Weichgemurzel handelt, welche die meisten Menschen schon als Säuglinge schätzen lernen; diese führt ihren Namen nur wegen ihres Weichens geruchlos, ist aber in Wahrheit der Wurzelstock einer in den Mittelmeerländern häufigen Art der Schwertlilie (lateinisch Iris).

Aus pulverisirten Weichgemurzel werden besonders in Italien schon lange Parfümieren hergestellt, z. B. das bekannte „Polyvere d'Ireos“ aus dem Kloster Santa Maria Novella in Florenz und verschiedene Iris-Spezialitäten einer in Sesto befindlichen großen Fabrik; bis jetzt hat man aber diese Wurzel noch nie zur Herstellung von Toilette-Creme benutzt, und es ist erfreulich, daß diese Erfindung einem deutschen Chemiker gelungen ist, dem technischen Dirigenten der Fabrik pharmaceutischer und kosmetischer Präparate von Apotheker Weiß u. Co. in Gießen.

Diese Firma hat mit deutscher Gewissenhaftigkeit ihre Erfindung so lange vervollkommenet, daß als „Crème Iris“ dem Verkehr übergeben wurde, das neue Präparat sofort allseitigen Beifall fand.

— Nachdem durch das neue Waarenbezeichnungsgeſetz nicht bloß bildliche Darſtellungen Worte im Zusammenhange mit ſolchen, ſondern auch einzelne Worte ſelbſt, ſofern ſie nicht die Art, die Herkunft und Beſtimmung Waaren Anbeutungen enthalten, unter Schutz ſtehen und in der Zeichenrolle des Patentsamtes eingetragen werden können, iſt es für das Patent vom größten Werth, neben einer möglichſt genauen Zuſammenſtellung der Freizeichen auch ſolche der Freiworte zu erhalten. Es iſt denn ſeitens des Patentesamtes die Geſchäftswelt auf ſeit dem Erſuchen aufmerkſam gemacht worden, die Worte, von denen eine ähnliche Bezeichnung wie die der Freizeichen vorangeſetzt ſeyn, anzugeben. In den beſtheltigten Kreiſen hat ſich am Anfang dieſer Seite des neuen Waarenzeichnungsſchutzes keine allzu große Aufmerkſamkeit gezeigt. Neuerdings aber hat man ſehr leicht eingeſehen, daß auch hier bedeutende Summen auf dem Spiele ſtehen können. In der That hat ſich dieſe beſondere Weiſe herausgeſtellt, ſich eine ſtattliche Anzahl von Phantaſiworten, dieſen Jahren im allgemeinen Gebrauch der Verbetreibenden beſindlich haben. Solche Worte ſind für Nähmaſchinen und deren Beſtandtheile, alſo auch für Nähmaſchinenmodeln, eingetragen. Würden dieſelben zu Gunſten einer einzelnen Firma für ſchutzberechtiget erachtet, ſo würde es möglich ſeyn, die Gebrauchsbezeichnungen der einen auf den Etiquetten anzugeben. Ähnlich ſind die Verhältniſſe bei der Liqueurfabrikation manchem anderen Gewerbezwweige. Die Inventen haben ſich denn auch in letzter Zeit, ſolche Freiworte zu ſammeln. Dem Patentsamte ſind die Ergebniſſe mancher Sammlungen bereits mitgetheilt und ſo ſteht zu hoffen, daß neben der Zuſammenſtellung der Freizeichen auch eine ſolche der Freiworte bald den Arbeiten des Waarenbezeichnungsſchutzabtheilung des Patentsamtes zu Grunde gelegt werden kann.

Wie schon früher gemeldet ist, wird dem nächste jedenfalls noch in der laufenden Tagung desGesamtwurfs zugehen, der sich mit einer Wenigung des Zollvereinsungsvertrages bezüglich der munalen Weinbesteuerung beschäftigt. Gegenwärtig ist es bekanntlich nur den Kommunen in eigentlichen Weinländern, zu welchen Bayern, Baden, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen und Nassau gehören, gestattet, eine Gemeindesteuer auf Wein zu erheben. In dem in Aussicht stehenden Gesamtwurf soll nun einmal entsprechend schon in dem Weinsteuergesamtwurf der Tagung enthalten gewewenen Vorschläge des Weinguts auf sämtliche Gemeinden Deutschlands ausgedehnt werden. Sodann soll es in der Nacht liegen, eine Höchstgrenze für die Besteuerung in der Weise festzulegen, daß die kommunale Weinsteufer niemals über etwa 10 Prozent des Wertes hinausgehen darf. Schließlich eine Frist festgelegt werden, in welcher es einigen Kommunen, die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen eine den einmaligshaus übergreifende Weinsteufer eingeführt, noch gestattet sein soll, diese zu erheben. kommunalen Weinbesteuerung würden neben Naturwein Schaumwein und Kunstwein

Die einzige Petition, welche nach dem ersten Petitionsverzeichniß bisher zu der Zollnovelle beim Reichstage eingegangen ist, ist an den Zentralverein der deutschen Feinlederindustrie gegangen und betrifft eine Zollerhebung auf den Handelsverträgen mit Oesterreich und Italien wurde die Anmerkung zu Position 21 des Zolltarifs zum Zwecke der Förderung der deutschen Feinlederindustrie insofern gemacht, als Zoll auf halbhare, sowie bereits gegebte, noch zu gefärbte oder weiter zugerichtete Ziegenfelle drei Mark für 100 Kilogramm auf eine Art herabgesetzt wurde. Der gleiche Zoll für solche Schaffelle blieb unverändert. Man hat vielfach an, daß dies nur einem Versehen zuschreiben gewesen sei, weil notorisch die betreffenden Schaffelle, welche aus dem Auslande kommen, mindestens im gleichen Umfange bei der deutschen Feinlederindustrie zur Verarbeitung gehen, als die Ziegenfelle. Jedenfalls ist die Erhebung des Zolles für Schaffelle auch schon geboten, weil die Ziegenfelle einen weit höheren Werth haben und nimmere ein Zolltarifsähnlich Plaz gewinnen hat, bei dem die minderwerthige Waare einen höheren Zoll trägt als die thierische höherwerthige. Hier und da hört man allerdings sagen, ob es doch nicht im Interesse heimischen Landwirtschaft angezeigt sei, auf eine Zollermäßigung zu verzichten. Gewiß würde diese Frage nicht so klar liegen, wie sie es thut, nicht ist, wenn irgendwelche landwirthschaftlichen Interessen im Spiele ständen. Das ist aber keineswegs der Fall. Das Fell des deutschen Schafes ist sehr, weil es wegen der von ihm gegebenen feinen Wolle sehrartig durchlöcherig ist, durch nicht für die Verarbeitung in der Feinlederindustrie oder nur zu ganz untergeordneten Beden. Die Feinlederindustrie benutzt für ihre Leder ausländische Schaffelle, namentlich folgende: England, Südafreich und Ostindien. Die

Die bisher vielfach vom Auslande bezogenen beste-Crèmes sind oft geradezu gesundheits-  
schädlich durch ihre gütigen Ingrezienzen.  
Ihrer Arzt bestätigen wird; — auch enthalten  
sie, ruiniren die Wäsche und werden leicht  
schmutzig.  
Alle diese Uebelstände sind bei „Crème  
s“ ausgeschlossen, denn hierin sind außer dem  
besitzt nur solche Zutaten enthalten, die sich  
besonders vortreflich für die Pflege der  
haut bewährt haben und für deren Ausfüh-  
rung die Firma Apotheker Weiß u. Co. volle  
antwort übernehmen kann.  
„Crème Iris“ erzielt also vor  
einem einen tabellosen reinen Teint  
ist darum das Interessante durchaus gerecht-  
fertigt, welches alle Damen an diesem neuen  
metikum finden und schon aus diesem einen  
neben sollte es auf keinem Toilettenartikel fehlen.  
Außerdem sind aber der Fülle gar viele, in  
den man die für das körperliche Wohlbefinden  
wichtige Thätigkeit der Haut durch geeignete  
mittel unterstützen muß, so z. B. das bei  
ter Witterung häufige Aufspringen der Haut  
Gesicht, an Händen und Lippen, ferner Frost-  
schäden, Gesichtsröthe &c. u.; — hiergegen wird  
„Crème Iris“ stets mit bestem Erfolge ange-  
wandt werden, ebenso bei Brandwunden, Wund-  
schmerzen und Hautreizungen jeder Art immer  
eine Hinderung schaffen.

haben auch einen weit höheren Werth als die deutschen Schaffelle. Schon deshalb kommen die letzteren gar nicht in Konkurrenz. Freid ein Einfluß auf die Preise für inländische Schaffelle wird also von dem höheren Zoll nicht ausgeübt. Wohl aber wird die Konkurrenz der deutschen Feinlederindustrie auf dem Weltmarkte namentlich gegenüber der englischen und französischen außerordentlich erschwert. Denn diese haben nicht nur das nöthige Material in der Nähe, sparen also die Transportkosten, sie brauchen auch keinen Zoll zu entrichten, der immerhin für einen Sack von halbgarer Schaffelle 300 Mark beträgt. Schließlich muß man im Auge halten, daß es sich bei diesen Schaffellen nicht um eine Waare handelt, die nach ihrer Einfuhr in den Konsum gelangt, sondern um ein Halbfabrikat, das erst in Deutschland fertig gearbeitet und zum allergrößten Theile wieder nach dem Auslande versandt wird. Es liegt deshalb alle Veranlassung vor, den Zoll für halbgare Schaffelle, der den Wettbewerb eines bedeutenden Zweiges der deutschen Gewerbetätigkeit hemmt und dessen Ermäßigung der Landwirtschaft nicht den mindesten Nachtheil zuziehen würde, auf 1 Mark herabzusetzen.

— Wege Summen die Anlage und der Betrieb einer Kleinbahn erfordert, davon giebt ein in der „Zeitschrift für Kleinbahnen“ veröffentlichter Bericht des königlichen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Ingenieurs Peters zu Breslau über die mecklenburg-pommerschen Schmalspurbahnen Aufschluß. Es werden darin u. a. eingehende Mittheilungen über die Vinte Ferdinandsboj—Friedland—Yarum gemacht, die von der Altiengeßschaft „Mecklenburg-pommersche Schmalspurbahn“ gebaut ist und einschließlich der 30 Kilometer langen Anschlußbahnen 100 Kilometer lang ist. Die Kosten dieser ganzen Bahnanlage, einschließlich der des rollenden Materials, auf eine Spurweite von 0,6 Meter, auf den Hauptlinien mit Lokomotiven, auf den Anschlußstrecken mit Pferden betragen, sind von dem kulturentwärtigen Bureau von Schmader auf eine Million Mark veranschlagt. Die geringen Anlagekosten von 10000 Mark für 1 Kilometer erklären sich daraus, daß für den Grunderwerb ein Betrag nicht angesetzt zu werden brauchte. Im einzelnen vertheilt sich diese Million folgendermaßen: 100 Kilometer Bahnkörper bezuziellen einschließlich der kleineren Durchlässe und Wegebügelänge 220 000 Mark, 100 Kilometer Dierbau 30 000 Mark, 2 hölzerne Brücken 6000 Mark, 70 Kilometer hölzernen Dierbau der Hauptstrecke 315 000 Mark, 30 Kilometer hölzernen Dierbau der Nebenstrecken 120 000 Mark, 4 Stationsgebäude 20 000 Mark, 4 Güterschuppen 6000 Mark, 2 Lokomotivschuppen 4000 Mark, 1 Reparaturwerkstätte 4000 Mark, 8 Lokomotiven 72 000 Mark, 200 Stück offene Unterwagen von 80 Zentner Tragfähigkeit 150 000 Mark, 40 Stück verdeckte Güterwagen 38 000 Mark, 100 Kilometer Fernspuranlage 5 000 Mark, zusammen 1 000 000 Mark. Auffallend niedrig angesetzt sind die Kosten für den Dierbau, der allerdings auch, wie sich dann herausgestellt hat, zu schwach konstruirt worden war. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten waren zu 190 000 Mark berechnet, die sich, wie folgt, zusammenfassen: Gehälter und Löhne 70 000, Kohlen, Schmiere und Brennstoff 43 200, Unterhaltung und Erneuerung des Bahnkörpers 19 000, Unterhaltung und Erneuerung des Dierbaues 13 000, Unterhaltung und Erneuerung des rollenden Materials 28 100, Unterhaltung und Erneuerung der Fernspuranlage 1500, Instandhaltung und Feuerversicherung der Gebäude, Schuppen, Brücken 200, sonstige nicht vorhergesehene Ausgaben, Abgaben, Steuern, Schneeverwehungen sowie zur Abreibung 12 600 Mark; zusammen 190 000 Mark.

Als Kapital der Aktiengesellschaft sind die Anlagelosten von 1 000 000 Mark und ein Betrag von 100 000 Mark als Garantie- und Betriebsfonds, zusammen also 1 100 000 Mark erforderlich. Dieser Betrag wird durch Ausgabe von 600 Stück Stammaktien zu je 1 000 Mark und Prioritätsobligationen in Stücken von 1 000, 500 und 100 Mark im Gesamtbetrage von 500 000 Mark aufgebracht. Die Stammaktien werden mit 4 Prozent, die Prioritätsobligationen am 2. Januar und 1. Juli mit 4½ Prozent jährlich verzinst, und letztere sollen in 32 Jahren, vom 1. Januar 1897 an, durch Auslösung mit 105 Prozent zurückgezahlt werden.

Die Stammaktien erhalten außer der oben erwähnten Verzinsung noch eine Dividende, deren Höhe sich aus der abjährlich am 31. März abgeschlossenen Bilanz nach Abzug von 10 Prozent für einen Reservefonds und von 10 Prozent für den Aufsichtsrath und die Beamten, wie folgt, berechnet: Die Bruttoeinnahmen betragen 300 000 Mark, die Betriebsausgaben 190 000 Mark, mithin verbleibt ein Ueberschuß von 110 000 Mark. Von diesem fließen 10 Prozent in den Reservefonds, 10 Prozent dem Aufsichtsrath und den Beamten zu, im Ganzen 22 000 Mark; mithin beträgt der wirkliche Ueberschuß 88 000 Mark. Davon erhalten: 4 Prozent von 600 000 die Stammaktien 24 000 Mark,  $4\frac{1}{2}$  Prozent von 500 000 die Prioritätsobligationen 22 500 Mark.

Ein besonderer Vorzug dieses Präparates ist, daß es völlig süß und fettfrei ist, daher nie ranzig wird, sondern sich unbegrenzte Zeit in bestem Zustande erhält und in Wäscen und Kleidung keine Flecken verursacht.

Aber nicht allein im eigentlichen Bedarfsfalle, sondern immer ist es rathsam, ein so gutes Präparat wie „Crème Iriß“ zu benutzen, denn bekanntlich wird durch rationelle Hautpflege am besten vielen Krankheiten vorgebeugt.

Die Haut schützt nämlich mit der unter ihr befindlichen Fettschicht die lebenswichtigen Gebilde des Körpers vor der unmittelbaren Einwirkung äußerer Einflüsse; sie regulirt zum großen Theil des Körpers Wärmeverhältnisse, indem sie durch directe Wärmeabgabe und durch Verdunstung dessen Temperatur auf einer gleichen Höhe erhält, sowie auch ein Theil des dem Körper zugeführten und in ihm selbst erzeugten Wassers denselben durch die Haut wieder verläßt.

Die Körperoberfläche ist besonders nach Er-  
kältung sehr empfindlich bei plötzlicher Abkühlung,  
wie z. B. Zugluft, durchnässte Fußbekleidung etc.,  
in Folge dessen entstehen Erkältungen, die oft  
schwere Krankheiten verursachen.

Eine sorgsame Hautpflege ist darum  
von hoher hygienischer Bedeutung und erkanntem  
dies schon die ältesten Kulturvölker, indem sie  
durch häufige Salbungen die Haut widerstandsfähig

zusammen 46500 Mark; es verbleiben daher 41500 Mark als 6,9 Prozent Dividende für die 600000 Mark Stammaktien, so daß diese also zusammen sich mit  $4 + 6,9 = 10,9$  Prozent verzinsen.

Königsberg i. Pr., 14. Januar. General von Werder erläßt folgende Bekanntmachung: „Bei meinem Scheiden ist es mir Bedürfnis, allen Bewohnern von Stadt und Land hierdurch ein herzlichst Lebewohl zu sagen. Ich bleibe auf die Zeit von 6½ Jahren, welche ich als Kommandeur der 1. Division und während der letzten Jahre an der Spitze des alten ostpreussischen Armeekorps in dieser Provinz verwelt habe, mit Freude und Stolz zurück. Ich danke für all' das Entgegenkommen, welches mir liberal, sowohl in meiner dienstlichen Thätigkeit, wie persönlich zu Theil geworden. Möge Gottes Segen unermüdet über diesem schönen Lande und seinen künftigen Bewohnern walten! Das ist mein herzlichster Wunsch beim Scheiden!“

Dresden, 14. Januar. Der Minister des Innern v. Meisch hat das Ehrenpräsidium der im Jahre 1896 in Dresden stattfindenden Ausstellung des sächsischen Handwerks und Kunstgewerbes übernommen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Januar. Heute Abend fand bei dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg ein Empfang statt.

**Best, 14. Januar.** Am Donnerstag hält das neue Ministerium eine Sitzung ab, in welcher das Programm festgesetzt wird.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Ueber den Sturz des Cabinets Dupuy ist folgendes mitzutheilen. Die Sitzung der Deputirtenkammer wurde unter lebhafter Bewegung eröffnet. Der Abg. Willard befragte wegen des Rücktritts des Ministers Rathou und sagte, die Regierung habe den Krozsch wegen der Zinsgarantie für die Südbahn vor dem Staatsrath anhängig gemacht, die Entscheidung des Staatsrathes treffe somit das ganze Kabinet. Der Premier tabelte die Regierung, weil sie die Frage der Zinsgarantie dem Staatsrath unterbreite habe, und beantragte schließlich, daß eine Untersuchung eröffnet werde, um zu prüfen, ob Raynal, der Urheber der Uebereinkunft mit der Südbahn, in Unlagestand zu versetzen sei. Der Abgeordnete, ehemalige Minister Raynal antwortete dem Abgeordneten Willard und behauptete im Laufe der Unterhandlungen, zum Abschlusse der betreffenden Konventionen sei niemals von einer immerwährenden Zinsgarantie die Rede gewesen. Zum Schlusse seiner Rede sagte Raynal, er sei mit einer Untersuchung in der Frage der Zinsgarantie einverstanden und sei gewiß, die skandal- und verleumdungsfüchtigen Persönlichkeiten überlegen zu können. (Weiß! im Centrum, Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Dupuy erklärte, nach den Worten Raynals sei die Regierung mit einer Untersuchung einverstanden. Dupuy rechtfertigte dann die Manuphrynahme des Staatsrathes, dessen Kompetenz für die Frage der Zinsgarantie in einer Tagesordnung der Kammer vom Juni 1894 anerkannt worden sei. Die Regierung könne daher heute die getroffene Entscheidung nicht unberücksichtigt lassen. Widerspruch auf der äußersten Linken.) Wenn Rathou seine Entlassung genommen habe, so habe er das gethan, weil er die Entscheidung als eine persönliche Enttäuschung aufgefaßt habe. Die Regierung habe gelaunt, sich der übernommenen Verantwortlichkeit nicht entziehen zu sollen. Die Kammer werde ent-

theben, ob die Regierung richtig gehandelt habe.  
(Beifall.) Barthon erklärte hierauf, er habe seine  
Entlassung genommen, weil er den Eisenbahn-  
gesellschaften gegenüber nicht in seinem Ansehen  
schwach hätte dasseien wollen. (Anfänger der  
Beifall.) Goblet behauptete, die Frage der Dan-  
er Zinsgarantie sei nicht endgültig entschieden  
worden. Hierauf wurde die von der Regierung  
genehmigte Entschließung, nach der eine Unter-  
suchungskommission ernannt werden soll, mit 233  
gegen 225 Stimmen angenommen. Brißon er-  
klärt, daß acht Tagesordnungen eingebracht seien.  
Dupuy erklärt, die Regierung acceptire die Tages-  
ordnung, welche besagt, die Kammer erkenne die  
Trennung der Staatsgewalten an und gehe zur  
Tagesordnung über. Gelächter und Lärm. Wäh-  
rend einer halben Stunde wird über die ver-  
schiedensten Tagesordnungen und die Priorität ab-  
gestimmt. Man sieht in dieser Zeit Dupuy und  
viele Abgeordnete auf Raynal zugehen, ihm her-  
zlich die Hände schütteln. Nachdem das Mini-  
sterium im Laufe der Abstimmungen schon gerettet  
worden, fällt es, weil die Kammer mit 283 gegen  
231 Stimmen gegen die Priorität der von Dupuy  
verlangten Tagesordnung sich ausspricht. Der  
Ministerpräsident erhebt sich von seinem Platz  
und erklärt: Nach Bekanntgabe dieses Resultates  
bleibt dem Ministerium nichts übrig, als sich  
zurückziehen.

Der Rabiale Bourgeois soll mit der Rabinetsbildung beauftragt sein.

fähiger machten und ihrem Schönheitsinn entsprechend ansehnlich erhielten.

In letzterer Beziehung wird nun zwar auch bei uns, von den Damen wenigstens, der Hautpflege Aufmerksamkeit geschenkt, in hygienischer Hinsicht dagegen geschieht sehr wenig.

Im Anschluß auf die oben beschriebene Zusammenfügung der „Crème Iris“, empfehle ich mit dieses Präparat als ein kosmetisches Mittel ersten Ranges für die Pflege der Haut; es konservirt die Haut und erfrischt sie nach jeder Erhitzung und Reizung, wie z. B. nach aufsteigenden Märschen, nach dem Tanzen und Reiten, nach der Jagd u. und bei Männern auch nach Reizen.

Für Damen empfiehlt sich Abends vor dem Schlafengehen Gesicht, Büste und Hände mit „Crème Iris“ einzureiben, wofür das Nähere aus jeder Dose beigeigelt. Gebrauchsanweisung ersichtlich ist; beim Einkauf verlangen man aber ausdrücklich „Crème Iris“ von Apotheker Weiß u. Co. in Gießen, da diese Firma volle Garantie für ihre Fabrikate übernimmt und nur auf sie sich meine Empfehlung bezieht.



weitere Verhaftungen stehen noch bevor.